



VERWALTUNGSLEHRGANG I

STOFFGLIEDERUNGSPLAN

Stand: 10.11.2015

Impressum
Arbeitsgemeinschaft
Kommunaler Studieninstitute
Rheinland-Pfalz
Geschäftsstelle
Jockel-Fuchs-Platz 1
55116 Mainz
studienleitung@ksi-mainz.de

Aufgrund § 4 Abs. 1 des Bezirkstarifvertrages (BezTV) vom 10.11.2008 hat die Arbeitsgemeinschaft Kommunaler Studieninstitute Rheinland Pfalz in ihrer Sitzung am 10. November 2015 folgenden

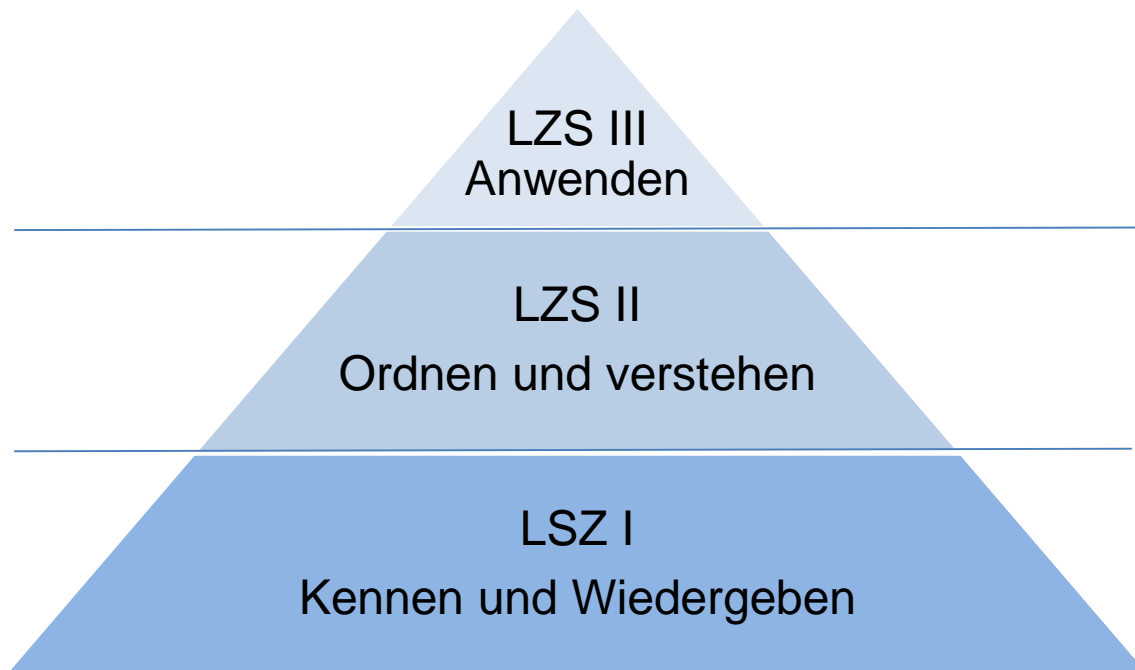
Stoffgliederungsplan

beschlossen:

Dieser Stoffgliederungsplan gilt für alle ab dem 1. Januar 2016 beginnenden Verwaltungslehrgänge I. Bereits laufende Lehrgänge sind hiervon nicht erfasst.

Der vorliegende Stoffgliederungsplan bildet die Grundlage für die Unterrichtsveranstaltungen im Verwaltungslehrgang I. Dieser Plan orientiert sich am Anforderungsprofil der Lehrgangsteilnehmerinnen und –teilnehmer ohne Verwaltungsausbildung. Zur besseren Vergleichbarkeit sind die **Unterrichtseinheiten mit 45 Minuten** angegeben.

Neu aufgenommen sind durch Beschluss der Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen Studieninstitute auch **Lernzielstufen** in allen Stoffgliederungsplänen. Die Lernziele beschreiben den Grad der Lernintensität und Kompetenzziele und sollen Lehrenden und Lernenden dabei helfen, die Bedeutung einzelner Themen für die Ausbildung und die spätere berufliche Praxis zu verdeutlichen. Lernzielstufen geben Hinweise, welche Kompetenzen vermittelt und erworben werden sollen. Dabei können gleiche Themen in unterschiedlichen Lehrgängen mit unterschiedlichen Lernzielstufen versehen sein, um Niveauunterschiede herauszustellen.



Lernzielstufe	Inhalt	Arbeitsauftrag
LZS I Wissen, Definitionen, Begriffe, Fakten reproduzieren können	Reproduktion Kennen und Wiedergeben	Geschlossene Fragen wiedergeben können: Nennen Sie,... Geben Sie an,... Definieren Sie,... Bezeichnen Sie,... Zählen Sie auf,...
LZS II Einfache Fälle	Reorganisation Wissen/Erfahrungen ordnen, verknüpfen, Zusammenhänge erkennen und zuordnen können	Beschreiben Sie,... Erläutern Sie,... Vergleichen Sie,... Unterscheiden Sie,... Gliedern Sie,...
LZS III Komplexe Fälle	Transfer Komplexes Denkvermögen Wissen auf neue Sachverhalte übertragen, konkrete Probleme/Fälle erfassen und sach- und formgerecht lösen	Beurteilen Sie,... Berechnen Sie,... Fertigen Sie....an Nehmen Sie....vor Erstellen Sie... Bewerten Sie... Kontrollieren Sie... Entwickeln Sie...

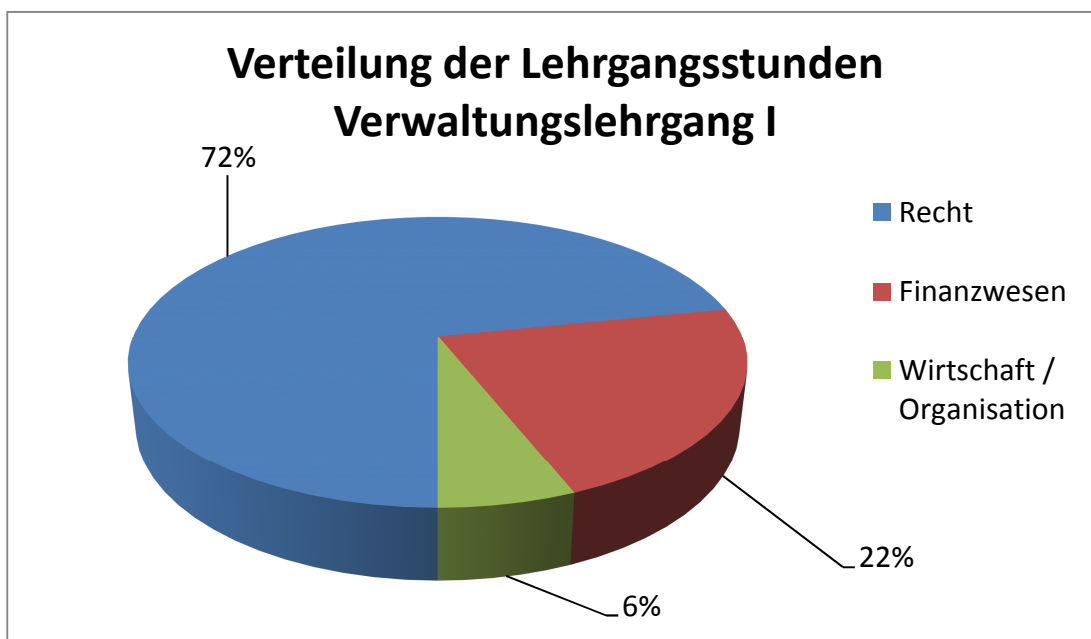
Im Stoffgliederungsplan finden sich die Lernzielstufen neben den Hauptthemen und Unterthemen und gelten jeweils abwärts, bis eine neue Lernzielstufe definiert ist.

Beispiel für die Lernzielstufen:

Stufe I	Stufe II	Stufe III
Welche Merkmale muss ein Verwaltungsakt erfüllen?	Handelt es sich bei einer Baugenehmigung um einen Verwaltungsakt?	Ist der Widerspruch gegen die Verfügung der Behörde statthaft.

Stundenübersicht

Fachgebiet	Gesamtstundenzahl (in 45 Minuten)
1. Staats-, Verfassungs- und Europarecht (StVR)	64
2. Allgemeines Verwaltungsrecht (AVR)	80
3. Kommunalrecht (KomR)	58
4. Verwaltungsbetriebslehre (VBL)	40
5. Methodik der Rechtsanwendung (Meth)	20
6. Privatrecht (PR)	70
7. Öffentliches Dienstrecht (ÖDR)	
7.1 Arbeits- und Tarifrecht (ATR)	46
7.2 Beamtenrecht (BR)	20
8. Öffentliches Finanzwesen (ÖFW)	
8.1 Kommunales Haushaltsrecht (HKR)	90
8.2 Kommunales Kassenwesen (KW)	20
8.3 Abgabenrecht (AbR)	36
9. Polizei- und Ordnungsrecht (POR)	58
10. Recht der sozialen Sicherung (SHR)	58
11. Abschlussseminar	50
Gesamtstundenzahl	710



Inhalt

1.	Staats-, Verfassungs- und Europarecht (StVR)	7
2.	Allgemeines Verwaltungsrecht (AVR).....	9
3.	Kommunalrecht (KomR).....	11
4.	Verwaltungsbetriebslehre (VBL).....	12
5.	Methodik der Rechtsanwendung (Meth)	13
6.	Privatrecht (PR).....	14
7.	Öffentliches Dienstrecht	
7.1	Arbeits- und Tarifrecht (ATR)	15
7.2.	Beamtenrecht (BR).....	16
8.	Öffentliches Finanzwesen	
8.1	Kommunales Haushaltsrecht (KHR).....	17
8.2	Kommunales Kassenwesen (KW)	18
8.3.	Kommunales Abgabenrecht (AbR)	20
9.	Polizei- und Ordnungsrecht (POR)	22
10.	Recht der sozialen Sicherung (SHR).....	24

Verwaltungslehrgang I				
1. Staats-, Verfassungs- und Europarecht				
Nr.	Inhalte	UStd.	Lernzielstufe (LZS)	Bemerkungen
1.	Einführung und Rechtsquellen	4	1	Unterricht 56
1.1.	Verfassungsgeschichte Von der Weimarer Verfassung zum Grundgesetz			Übungsklausur 2 Besprechung 2
1.2.	Rechtssystematik			prüfungsähnli.
1.3.	Was ist ein „Staat“?			Klausur 2
1.4.	Stellung des Grundgesetzes im Rechtssystem			Besprechung 2
1.5.	Überblick über das Grundgesetz			
				<u>Gesamt 64</u>
2.	Staatsziele und Staatsstrukturprinzipien	6	2	
2.1.	Die Ewigkeitsgarantie			
2.2.	Republik			
2.3.	Demokratie			
2.4.	Bundesstaat			
2.5.	Rechtsstaat			
2.6.	Sozialstaat, Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen			
3.	Staatsorgane	10	2	
3.1.	Bundestag			
3.2.	Bundesrat			
3.3.	Bundespräsident			
3.4.	Bundesregierung			
3.5.	Bundesverfassungsgericht			
3.6.	Bundesversammlung			
3.7.	Gemeinsamer Ausschuss			
4.	Staatsfunktionen	8	2	
4.1.	Gesetzgebung			
4.2.	Vollziehende Gewalt (Exekutive)			
4.3.	Rechtsprechung			
5.	Grundrechte	14	1	
5.1.	Grundrechte in der Weimarer Reichsverfassung und im Grundgesetz			
5.2.	Einteilung der Grundrechte			
5.3.	Grundrechtsberechtigte		2	
5.4.	Grundrechtsverpflichtete			
5.5.	Menschenwürde (Art. 1 Abs. 1 GG)			
5.6.	Freiheitsgrundrechte			
5.7.	Gleichheitsgrundrechte			
6.	Landesverfassung	6	1	
6.1.	Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz			
6.2.	Das Landeswappen			
6.3.	Rheinland-Pfalz ein Gliedstaat Deutschlands			
6.4.	Verfassungsorgane in Rheinland-Pfalz			
6.5.	Das Gesetzgebungsverfahren in Rheinland-Pfalz			
6.6.	Plebiszitäre Elemente in der Landesverfassung			

Nr.	Inhalte	UStd.	Lernzielstufe (LZS)	Bemerkungen
7.	Deutschland in der Europäischen Union (EU)	8	1	
7.1.	Geschichte und Bedeutung			
7.2.	Die Mitgliedstaaten der EU			
7.3.	Das Unionsrecht			
7.4.	Die Organe der EU			
7.5.	Rechtsetzung durch die Europäische Union			
7.6.	Vollzug des Unionsrechts			
7.7.	Grundfreiheiten			

Verwaltungslehrgang I				
2. Allgemeines Verwaltungsrecht				
Nr.	Inhalte	UStd.	Lernzielstufe (LZS)	Bemerkungen
1.	Einführung			Unterricht 72
1.1.	Einordnung des allgemeinen Verwaltungsrechts in das Rechtssystem	1	1	Übungsklausur 2 Besprechung 2
1.2.	Funktion des allgemeinen Verwaltungsrechts	1	1	prüfungsähnl. Klausur 2
2.	Verwaltungsbegriff und Träger der Verwaltung	4		Besprechung 2
2.1.	Gewaltenteilung (Art. 20 II GG)		2	<u>Gesamt 80</u>
2.2.	Handlungsformen der Verwaltung nach der Rechtswirkung - Eingriffsverwaltung - Leistungsverwaltung nach der Rechtsform - Hoheitliches Handeln - Schlicht hoheitliches Handeln - Verwaltungsprivatrechtliches Handeln - Fiskalisches Handeln		2	Abstimmung mit den Fächern: Staatsrecht Polizeirecht
2.3.	Träger der Verwaltung - Behörden - Körperschaften des öffentlichen Rechts - Anstalten des öffentlichen Rechts - Stiftungen des öffentlichen Rechts - Beliehene		2	
3.	Verwaltungsakt			
3.1.	Funktionen des Verwaltungsaktes - Verfahrensrechtliche Funktion - Regelungsfunktion - Titelfunktion - Prozessrechtliche Funktion	1	1	
3.2.	Merkmale des Verwaltungsaktes - Maßnahme - Verwaltungsbehörde - Öffentliches Recht - Unmittelbare Regelung - Einzelfall - Außenwirkung	10	3	
3.3.	Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen eines Verwaltungsaktes - <u>Formelle Erfordernisse</u> - Zuständigkeit - Form - Verfahren - <u>Materielle Erfordernisse</u> - Ermächtigungsgrundlage - Rechtmäßigkeit der Rechtsfolge/Fehler	8	3	

Nr.	Inhalte	UStd.	Lernzielstufe (LZS)	Bemerkungen
4.	Nebenbestimmungen			
4.1.	<u>Arten</u> - Befristung - Bedingung - Widerrufsvorbehalt - Auflage - Auflagenvorbehalt	8	3	
4.2.	Zulässigkeit der Beifügung von Nebenbestimmungen - bei gebundenen Verwaltungsakten - bei Ermessensverwaltungsakten	8	3	
4.3.	Rechtsschutz gegen Nebenbestimmungen	1	1	
4.4.	Der fehlerhafte Verwaltungsakt - Nichtigkeit - Vernichtbarkeit - Sonstige Fehler - Heilung von Form- u. Verfahrensfehlern	4	2-3	
4.5.	Rücknahme und Widerruf von Verwaltungsakten	4	3	
5.	Rechtsbehelfe und Rechtsmittel			
5.1.	Formlose Rechtsbehelfe - Gegenvorstellung - Aufsichtsbeschwerde - Dienstaufsichtsbeschwerde	1	1	
5.2.	Förmliche Rechtsbehelfe - Widerspruch - Klage	10 1	3 1-2	
5.3.	Rechtsmittel Berufung - Revision - Beschwerde	1	1	
6.	Fallübungen/Reservestunden	9	3	

Verwaltungslehrgang I				
3. Kommunalrecht				
Nr.	Inhalte	U / h	Lernzielstufe (LZS)	Bemerkungen
1.	Einführung und Rechtsquellen	2	1	Unterricht 50
1.1.	Verfassungsrechtliche Grundlagen			Übungsklausur 2
1.2.	Kommunalgesetze			Besprechung 2
2.	Träger der kommunalen Selbstverwaltung (Ortsgemeinden, verbandsfreie Gemeinden, große kreis-angehörige Städte, kreisfreie Städte, Verbandsgemeinden, Landkreise und Bezirksverband Pfalz)	4	1	prüfungsähnl. Klausur 2 Besprechung 2
3.	Aufgaben der kommunalen Gebietskörperschaften	6	2	<u>Gesamt 58</u>
3.1.	Selbstverwaltungsaufgaben und Auftragsangelegenheiten			
3.2.	Aufgaben der Gemeinden, Verbandsgemeinden, Landkreise und der Kreisverwaltung als Landesbehörde			
4.	Einwohner und Bürger	4		
4.1.	Begriffe			
4.2.	Rechte und Pflichten		1	
5.	Organe der Gemeinden	22		
5.1.	Rechtliche Stellung Gemeinderat und Bürgermeister		3	
5.2.	Aufgaben des Gemeinderates			
5.3.	Aufgaben des Bürgermeisters			
5.4.	Funktion der Ausschüsse			
5.5.	Beigeordnete und Stadtvorstand			
6.	Satzungsrecht	6		
6.1.	Ermächtigungsgrundlagen		2	
6.2.	Satzungsverfahren			
7.	Staatsaufsicht	6	2	
7.1.	Kommunalaufsicht, Fachaufsicht, Sonderaufsicht		2	
7.2.	Aufsichtsbehörden			
7.3.	Mittel der Staatsaufsicht			
7.4.	Rechtsschutz bei aufsichtsbehördlichen Maßnahmen			

Verwaltungslehrgang I				
4. Verwaltungsbetriebslehre				
Nr.	Inhalte	U / h	Lernzielstufe (LZS)	Bemerkungen
1.	Einführung in die Verwaltungsbetriebslehre	4		Unterricht 40
1.1	Rechtsquellen		1	Übungsklausur -
1.2	Begriffe und Aufgaben		1	Besprechung -
2.	Grundlagen der Verwaltung	4		prüfungsähnl.
2.1	Organisationsbefugnis/-grundsätze		1	Klausur -
2.2	Träger der Verwaltung		2	Besprechung -
2.3	Behörde		1	
2.4	Kontrollinstrumente der Verwaltung		1	
3.	Äußerer Aufbau der Verwaltung	4		
3.1	EU-Verwaltung		1	
3.2	Bundes- und Landesverwaltung		2	
3.3	Kommunalverwaltung/-selbsverwaltung		2	
4.	Organisationsformen der öffentlichen Verwaltung	8		
4.1	Aufbauorganisation		2	
4.2	Formen der Aufbauorganisation		2	
4.3	Organisationspläne und- vorschriften		1	
4.4	Geschäftsverteilungsplan, Stellenplan, Aktenplan		1	
4.5	Aufgabengliederungsplan, Produktplan		2	
4.6	Linienorganisation, Stablinienorganisation		2	
4.7	Ablauforganisation		1	
4.8	Dienst- und Geschäftsanweisungen		1	
4.9	Arbeitstechniken zur Darstellung der Abläufe		2	
5.	Mitarbeiterführung		1	
5.1	Rationalisierung		1	
6.	Konturen und Elemente des Neuen Steuerungsmodells	10		
6.1	Dezentrale Ressourcenverantwortung		1	
6.2	Produkte, Produktbeschreibung		3	
6.3	Kennzahlen/Kennzahlensysteme		3	
6.4	Controlling / Berichtswesen /Budgetierung		2	
6.5	Personalentwicklung		2	
7.	Kostenrechnung	10		
7.1	Aufgaben und Ziele		2	
7.2	Kostenbegriffe		2	
7.3	Kostenartenrechnung		3	
7.4	Kostenstellenrechnung		3	
7.5	Kostenträgerrechnung		3	
7.6	Deckungsbeitragsrechnung		2	
7.7	Wirtschaftlichkeitsberechnungen (Kostenvergleichsrechnung)		2	
				<u>Gesamt 40</u>

Verwaltungslehrgang I				
5. Methodik der Rechtsanwendung				
Nr.	Inhalte	U / h	Lernzielstufe (LZS)	Bemerkungen
1.	Rechtsquellen und Einteilung des Rechts	4	1	Unterricht 20
1.1	Begriff „Recht“			Übungsklausur 0
1.2	Ungeschriebenes und geschriebenes Recht			Besprechung 0
1.2.1	Verfassung, Gesetze		2	
1.2.2	Verordnungen		2	prüfungsähnl.
1.2.3	Satzungen		1	Klausur 0
1.2.4	Sonstige Rechtsquellen (Völkerrecht, EU-Recht etc.)			Besprechung 0
1.2.5	Verwaltungsvorschriften		2	
1.2.6	Rangfolge, Normenpyramide		1	
1.2.7	Grundsatz der Rechtmäßigkeit der Verwaltung		3	
1.3	Abgrenzung öffentliches – privates Recht			
2.	Rechtssatz – Begriffe und Struktur	4		
2.1	Tatbestand, Rechtsfolge und Adressat		3	
2.2	Unbestimmter Rechtsbegriff			
2.3	Gebundene Verwaltung			
2.4	Soll-Vorschriften			
2.5	Ermessen			
2.5.1	Begriff und Formen des Ermessens		2	
2.5.2	Ermessensfehler			
2.5.3	Verhältnismäßigkeitsgrundsatz		3	
3.	Rechtsanwendung	4		
3.1	Gutachtenstil, Urteilsstil, Subsumtionstechnik			
3.2	Juristische Schlüsse (Umkehrschluss, Erst-Recht-Schluss, Folgenbetrachtung, Natur der Sache)		1	
3.3	Auslegungsmethoden			
3.4	Analogie			
4.	Effektives Lernen und Arbeiten	4		
4.1	Richtiges Zuhören und Mitschreiben			
4.2	Hinweise zur Klausurbearbeitung			
4.2.1	Erfassen des Sachverhalts		2	
4.2.2	Lösungsskizze			
4.2.3	Aufbau, Gliederung, Form und sprachliche Gestaltung der Reinschrift			
5.	Bearbeitung praktischer Fälle	4		

Verwaltungslehrgang I				
6. Privatrecht				
Nr.	Inhalte	U / h	Lernzielstufe (LZS)	Bemerkungen
1.	Einführung und Rechtsquellen	2	1	Unterricht 66
2.	Rechtssubjekte	4		prüfungsähnl. Klausur 2
3.	Rechtsgeschäfte	16	2	Besprechung 2
3.1.	Verpflichtungs- und Verfügungsgeschäft			
3.2.	Willenserklärungen			
3.3.	Einseitige und mehrseitige Rechtsgeschäfte			
3.4.	Zustandekommen von Verträgen, AGB			
3.5.	Bedingung, Befristung			
3.6.	Stellvertretung			
3.7.	Fristen, Termine, Verjährung			
4.	Kaufvertrag	6	2	
4.1.	Rechte und Pflichten der Vertragsparteien			
4.2.	Sachmängelhaftung			
4.3.	Eigentumsvorbehalt			
5.	Leistungsstörungen	10	2	
5.1.	Unmöglichkeit			
5.2.	Verzug			
5.3.	Positive Vertragsverletzung			
5.4.	Verschulden bei Vertragsschluss			
6.	Sonstige Rechtsgeschäfte			
6.1.	Werkvertrag, Dienstvertrag			
6.2.	Schenkung			
6.3.	Gebrauchsüberlassungsverträge (Miete, Pacht, Leihe, Darlehen)			
7.	Beendigung des Schuldverhältnisses	2	1	
8.	Ungerechtfertigte Bereicherung	4	1	
9.	Unerlaubte Handlung	6	1	
10.	Sachenrecht	10	2	
10.1.	Eigentum und Besitz			
10.2.	Eigentumserwerb an beweglichen Sachen und Grundstücken			
10.3.	Eigentumsschutz			
10.4.	Sicherungsrechte			
11.	Familien- und Erbrecht	6	1	
11.1.	Verlöbnis, Ehe, Unterhalt, Verwandtschaft und Schwägerschaft			
11.2.	Gesetzliche und gewillkürte Erbfolge, Pflichtteil, Erbenhaftung, Erbschein			
				<u>Gesamt 70</u>
				Abstimmung mit den Fächern: -

Verwaltungslehrgang I				
7. Öffentliches Dienstrecht				
7.1 Arbeits- und Tarifrecht				
Nr.	Inhalte	U / h	Lernzielstufe (LZS)	Bemerkungen
1.	Allgemeines Arbeitsrecht Einführung Rechtsquellen Kollisionsregeln Geltungsbereich Zustandekommen Arbeitsverhältnis/Beteiligungsrechte Arbeitsvertrag	6	2	Unterricht 38 Übungsklausur 2 Besprechung 2 prüfungsähnl. Klausur 2 Besprechung 2
2.	Kollektives Arbeitsrecht Tarifvertragsparteien Tarifverträge Wirkung tariflicher Normen	4	2	Gesamt 46 Abstimmung mit den Fächern: Privatrecht Beamtenrecht
3.	Tarifverträge im öffentlichen Dienst Geltungsbereiche	2	2	
4.	Individuelles Arbeitsrecht unter Berücksichtigung der Tarifverträge im öffentlichen Dienst			
4.1.	<u>Pflichten des Arbeitnehmers</u> Arbeitspflicht Arbeitszeit/Sonderformen der Arbeit/Teilzeit Direktionsrecht des Arbeitgebers Allgemeine Arbeitsbedingungen Nebenpflichten Personalverteilungsmaßnahmen Beteiligungsrechte	8	2	
4.2.	<u>Recht des Arbeitnehmers auf Entgelt</u> Eingruppierung Tabellenentgelt Höhergruppierung Persönliche Zulage Leistungsentgelt Jahressonderzahlung Besondere Zahlungen Beteiligungsrechte	8	3	
4.3.	<u>Weitere Rechte des Arbeitnehmers</u> Erholungsurlaub Sonderurlaub Arbeitsbefreiung Qualifizierung Beurteilung	4	3 1 2 1 1	
4.4.	<u>Befristung und Beendigung von Arbeitsverhältnissen</u> Befristete Arbeitsverträge Beendigung des Arbeitsverhältnisses ohne Kündigung Ordentliche Kündigung Außerordentliche Kündigung Änderungskündigung Kündigungsschutz Beteiligungsrechte	6	3	

Verwaltungslehrgang				
7. Öffentliches Dienstrecht				
7.2 Beamtenrecht				
Nr.	Inhalte	U / h	Lernzielstufe (LZS)	Bemerkungen
1.	Wesen und Bedeutung des Beamtenverhältnisses	2	1	Unterricht 20
2.	Rechtsgrundlagen Beamtenrechtliche Grundbegriffe	2	2	Übungsklausur - Besprechung -
3.	Gliederung der Beamtenverhältnisse	2	2	
4.	Laufbahnrecht	4	2	prüfungsähnl. Klausur - Besprechung -
5.	Ernennungsrecht	2	2	
6.	Beendigung des Beamtenverhältnisses	2	2	<u>Gesamt 20</u>
7.	Rechtsstellung der Beamten	4	2	Abstimmung mit den Fächern:
7.1	Pflichten			Arbeits- und Tarif-
7.2	Folgen der Pflichtverletzung			recht
7.3	Rechte			
8.	Personalverteilungsmaßnahmen	2	1	
	Beteiligungsrechte			

Verwaltungslehrgang I				
8 Öffentliches Finanzwesen				
8.1 Kommunales Haushaltsrecht				
Nr.	Inhalte	U / h	Lernzielstufe (LZS)	Bemerkungen
1.	Finanzrecht	2	1	Unterricht 82
1.1	Öffentliche Finanzwirtschaft			Übungsklausur 2
1.2	Verfassungsrechtliche Ordnung der öffentlichen Finanzwirtschaft			Besprechung 2
2.	Betriebswirtschaftliche Grundlagen der kommunalen Doppik	14	2	prüfungsähnl. Klausur 2 Besprechung 2
2.1	Aufgaben des Rechnungswesens			Gesamt 90
2.1.1	Grundbegriffe			
2.1.2.	Der doppische Haushalt			
2.2.	Das System der doppelten Buchführung			
2.2.1.	Inventur, Inventar, Bilanz			
2.2.1.1.	Durchführung der Inventur			
2.2.1.2.	Inventur des Anlage und Umlaufvermögens			
2.2.1.3.	Inventar			
2.2.2.	Bilanz als Ausgangspunkt der doppelten Buchführung			
2.2.3.	Buchung auf Bestandskonten			
2.2.4.	Buchung auf Erfolgskonten			
2.2.5.	Kontenrahmen, Kontenplan			
2.3.	Jahresabschluss			
3.	Kommunales Finanzmanagement		2	
3.1.	Grundlagen	2		
3.1.1.	Anlass und Ziel des kommunalen Finanzmanagements			
3.1.2.	Rechtsgrundlagen	1		
3.2.	Haushaltsplan und kommunale Doppik	1		
3.2.1.	Ergebnishaushalt	14		
3.2.2.	Finanzhaushalt			
3.2.3.	Teilhaushalte			
3.2.4.	Bestandteile und Anlagen			
3.3.	Haushaltssystematik			
3.3.1.	Produktplan	18	3	
3.3.2.	Kontenplan			
3.4.	Haushaltssatzung	2		
3.4.1.	Rechtsnatur und Inhalt			
3.4.2.	Satzungsgebungsverfahren	4	3	
3.4.3.	Nachtragshaushaltssatzung	2	1	
3.4.4.	vorläufige Haushaltsführung (§ 99 GemO)	2		
3.5.	Haushaltsgrundsätze	20		
3.5.1.	Allgemeine Grundsätze		2	
3.5.2.	Grundsätze zur Finanzmittelbeschaffung			
3.5.3.	Planungsgrundsätze		3	
3.5.4.	Besondere Planungsgrundsätze			
3.5.4.1.	Investitionen			
3.5.4.2.	Verpflichtungsermächtigungen		2	

Verwaltungslehrgang I				
8. Öffentliches Finanzwesen				
8.2 Kommunales Kassenwesen				
Nr.	Inhalte	U / h	Lernzielstufe (LZS)	Bemerkungen
1.	Kommunales Kassenwesen	20		Unterricht 20
1.1	Kassenrechtliche Grundlagen			Übungsklausur -
1.2	Rechtsgrundlagen		1	Besprechung -
1.3	Grundsatz der Einheitskasse ¹		3	
1.4	Die besondere Stellung des Kassenverwalters		3	prüfungsähnl. Klausur -
2.	Die Organisation der Gemeindekasse		1	Besprechung -
2.1	Anforderungen an die Kasse		2	Gesamt 20
2.2	Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit ²			
2.3	Ordnungsgemäße und rechtzeitige Aufgabenerledigung			Abstimmung mit den Fächern
2.4	Kassensicherheit		1	Öffentliche
2.5	Aufgaben der Gemeindekasse		1	Betriebswirtschaftslehre, kom. Haushaltsrecht, Abgabenrecht, Verwaltungsrecht
2.6	Die Sonderkasse als Ausnahme zum Grundsatz der Einheitskasse		2	
2.7	Sonderfall: dezentrale Zahlungsabwicklung (teils bezeichnet als „Handkassen“ oder Zahlstellen)			
3.	Anordnungswesen³		3	
3.1	Der „Anordnungszwang“			Das Fach Öffentliche Betriebswirtschaftslehre sollte wegen des Rückgriffs auf Buchführungsfragen in der Stundenplanung zeitlich vor dem Fach Kommunales Kassenwesen vorgesehen werden.
3.2	Arten und Formen von Kassenanordnungen			
3.3	Die Behandlung von Kassenanordnungen, insbesondere bei fehlerhafter Ausstellung			
4.	Der Zahlungsverkehr		1	
4.1	Die Form des Zahlungsverkehrs			
4.2	Einzahlungen, inkl. Stundungsschema ⁴			
4.3	Auszahlungen			
5.	Verwaltung der Finanzmittel und Wertgegenstände		1	
5.1	Die Verwaltung der Finanzmittel			
5.2	Die Anlage von Finanzmittelbeständen			
5.3	Liquiditätssicherung			
5.4	Verwahrung von (Wert-)Gegenständen		1	

¹ Aufgrund der Bindegliedfunktion der Kasse ergeben sich an dieser Stelle Verknüpfungspunkte zum Haushaltsrecht.

² Bezugnehmend auf den Haushaltsgrundsatz des Haushaltsrechts wie zur öffentlichen Betriebswirtschaftslehre.

³ Anknüpfungen zum Haushaltsrecht, zum Verwaltungs- und Abgabenrecht (Anordnungserstellung in Folge der Bescheiderstellung) bzw. zum Vertragsrecht (Kassenanordnungen insbesondere auf Grundlage geschlossener Beschaffungsverträge).

⁴ Verknüpfung zu Abgaben- und Haushaltsrecht.

Nr.	Inhalte	U / h	Lernzielstufe (LZS)	Bemerkungen
6.	Kassenrechtliche Anforderungen an die Buchführung⁵		1	
6.1	Anwendung unterschiedlicher Buchführungssysteme		1	
6.1.1	Verwaltungsbuchführung		2	
6.1.2	Kaufmännisches Rechnungswesen		1	
6.1.3	Die kommunale Doppik		1	
6.1.4	Exkurs: Kosten- und Leistungsrechnung		1	
6.2	Nach kommunaler Doppik zu führende Bücher			
7.	Kassenrechtliche Abschlüsse⁶		1	
8.	Kassenprüfungen⁷		1	
9.	Vollstreckung von Geldleistungen⁸		1	
9.1	Thematische Einordnung der Verwaltungsvollstreckung und Begriffsklärungen		1	
9.2	Rechtsgrundlagen		1	
9.3	Aufgaben der Vollstreckungsbehörde		3	
9.4	Die Vollstreckungsvoraussetzungen		1	
9.5	Exkurs: Gerichtliches Mahn- und Klageverfahren		1	
10.	Grundzüge des Insolvenzrechts		1	
10.1	Ziele eines Insolvenzverfahrens		1	
10.2	Der Ablauf von Insolvenzverfahren im Überblick		2	
10.3	Wichtige Rechtsfolgen der Insolvenzeröffnung, insbesondere zum Bescheiderlass ⁹ und Vollstreckungsverbot			
10.4	Die Behandlung von Forderungen in der Insolvenz		3	

⁵ Vielfältige Verknüpfungen zur öffentlichen Betriebswirtschaftslehre.

⁶ Anknüpfung zum Thema Jahresabschluss im Fach Haushaltsrecht.

⁷ Verknüpfung zum Kommunalrecht.

⁸ Starke Verknüpfung zum allgemeinen Verwaltungsrecht sowie zum Abgabenrecht.

⁹ Verweis auf Verwaltungs- wie Abgabenrecht (teils gar Sozialrecht, Stichwort: Rückforderungsbescheide).

Verwaltungslehrgang I				
8. Öffentliches Finanzwesen				
8.3 Kommunales Abgabenrecht				
Nr.	Inhalte	U / h	Lernzielstufe (LZS)	Bemerkungen
1.	Kommunales Abgabenrecht	1	1	Unterricht 36
1.1.	Was sind Abgaben			Übungsklausur -
1.2.	Rechtsgrundlagen			Besprechung -
1.3.	Normenpyramide			
2.	Steuern/Gebühren/Beiträge -Begriffsbestimmungen	1	1	prüfungsähnl. Klausur - Besprechung -
2.1.	<u>Gliederung der Steuern nach</u> -Steuergegenstand -Steuergläubiger -Gemeinschaftssteuern -Abgaben eigener Art -Erhebungsart	3	1	<u>Gesamt 36</u>
2.2.	<u>Abgabehoheit</u> -Gesetzgebungshoheit -Verwaltungshoheit -Ertragshoheit	4	2	Abstimmung mit den Fächern: Kommunalrecht, allg. Ver- waltungsrecht, Haushalts- recht, Kassenrecht usw.
2.3.	<u>Grundsätze der Einnahmebeschaffung</u>			
3.	Verfahrensrecht der Abgabenordnung (AO)	3	1	
	Anwendbarkeit und Aufteilung der AO			
	Entstehen eines Steueranspruches § 38 AO			
	Erlöschen eines Anspruches § 47 AO			
	Steuerschuldner §§ 33 + 44 AO			
3.1.	<u>Steuerermittlungsverfahren</u> - Allgemeine Grundsätze § 85 AO - Weitere Vorschriften § 86 ff AO			
3.2.	<u>Steuerfestsetzungserfahren</u> - Steuerbescheid §§ 155, 157 AO - als VA § 118 ff AO - Steuerfestsetzung unter Vorbehalt - vorläufige Steuerfestsetzung - Aufhebung und Änderung von Steuerbescheiden - Feststellung von Besteuerungsgrundlagen - gesonderte Feststellung			
3.3.	<u>Steuererhebungsverfahren</u> - Verwirklichung von Ansprüchen § 218 ff AO			
3.4.	<u>Festsetzungsverjährung</u> - Frist - Beginn - Hemmung	5	3	

Nr.	Inhalte	U / h	Lernzielstufe (LZS)	Bemerkungen
3.5.	<u>Billigkeitsmaßnahmen</u> - Stundung, Stundungszinsen - Niederschlagung - Erlass §§ 163, 227 AO	5	3	
3.6.	<u>Zahlungsverjährung</u> - Beginn - Hemmung, Unterbrechung	2	3	
3.7.	<u>Steuerliche Nebenleistungen</u> - Verspätungszuschlag - Zinsen §§ 233 f AO - Säumniszuschläge	1	1	
3.8.	<u>Rechtsbehelfe im Abgabenrecht</u> - Formlose Rechtsbehelfe - Widerspruch/Einspruch - Klage	1	2	
4.	Gemeindesteuern §§ 5, 6 KAG - Realsteuern - Örtliche Verbrauch- und Aufwandsteuern	1	2	
4.1.	<u>Grundsteuer</u> - Steuergegenstand - Einheitsbewertung - Steuerschuldner - Berechnung	3	3	
4.2.	<u>Gewerbsteuer</u> - Steuergegenstand - Einheitsbewertung - Steuerschuldner - Berechnung - Vorauszahlungen - Zerlegung	4	3	
4.3.	<u>örtliche Verbrauch- und Aufwandsteuern</u> - Hundesteuer - Vergnügungssteuer - Jagdsteuer - Schankerlaubnissteuer - Sonstige komm. Steuern	2	2	

Verwaltungslehrgang I				
9. Polizei- und Ordnungsrecht				
Nr.	Inhalte	U / h	Lernzielstufe (LZS)	Bemerkungen
1.	Einführung und Rechtsquellen	1	1	Unterricht 50
1.1.	Polizeibegriff (materiell, institutionell, formell)			Übungsklausur 2
1.2.	Gesetzgebungskompetenz, Rechtsquellen			Besprechung 2
2.	Organisation, Aufgaben und Zuständigkeiten der Gefahrenabwehrbehörden	10	2	prüfungsähnl. Klausur 2 Besprechung 2
2.1.	Begriff „Gefahrenabwehr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung“			
2.2.	Trennungsprinzip			
2.3.	Schutz privater Rechte			
2.4.	Gliederung und Organisation der Polizeibehörde und Polizeieinrichtungen			
2.5.	Aufgaben und Zuständigkeiten der Polizei im Rahmen der Gefahrenabwehr (Enumerationsprinzip)			
2.6.	Sonstige Aufgaben der Polizei			
2.7.	Gliederung und Organisation der Allgemeinen Ordnungsbehörden			
2.8.	Aufgaben und Zuständigkeiten der Allgemeinen Ordnungsbehörden			
2.9.	Vollzugshilfe			
3.	Gefahrenabwehrrechtliche Verfügungen	16	2	
3.1.	Gesetzesvorbehalt Art. 20 Abs. 3 GG			
3.2.	Unterscheidung der Ermächtigungsgrundlagen (Spezialgesetz – Standardmaßnahmen – Generalklausel)		2	
3.3.	Generalklausel			
3.3.1.	Tatbestandsvoraussetzungen der Generalklausel			
3.3.1.1.	Schutzgüter der Generalklausel (Öffentliche Sicherheit und Ordnung)			
3.3.1.2.	Gefahr, Gefahrenbegriffe, Störung			
3.3.2.	Einzelfall, Abgrenzung zur Gefahrenabwehrverordnung			
3.3.3.	Rechtsfolge der Generalklausel (Ermessensgrundsätze, Ermessensfehler, Bestimmtheit, Möglichkeit, Verhältnismäßigkeit, Austauschmittel)			
3.4.	Standardmaßnahmen	9	2	
3.4.1.	Platzverweisung		2	
3.4.2.	Gewahrsam, Freiheitsentzug, Freiheitsbeschränkung		1	
3.4.3.	Durchsuchung von Personen und Sachen		2	
3.4.4.	Betreten und Durchsuchung von Wohnungen			
3.4.5.	Sicherstellung			
3.4.6.	Sonstige Standardmaßnahmen			
3.5.	Spezialgesetzliche Ermächtigungsgrundlagen			
3.6.	Materielle Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen (Bestimmtheit, Möglichkeit, Ermessen)			
4.	Verantwortlichkeiten	8	2	
4.1.	Verantwortlichkeiten für das Verhalten von Personen			
4.2.	Verantwortlichkeiten für Tiere und den Zustand von Sachen			
4.3.	Heranziehung von Nichtverantwortlichen, Entschädigungsansprüche			
4.4.	Auswahlmessen bei mehreren Verantwortlichen			
				<u>Gesamt 58</u>

Nr.	Inhalte	U / h	Lernzielstufe (LZS)	Bemerkungen
5. 5.1. 5.2. 5.2.1. 5.2.1.1. 5.2.1.2. 5.2.1.3. 5.2.2.	Durchsetzungen gefahrenabwehrrechtlicher Verfügungen Unmittelbare Ausführung Zwangsvollstreckung von Verwaltungsakten Zwangsmittel Ersatzvornahme Zwangsgeld Unmittelbarer Zwang Formelle und materielle Vollstreckungsvoraussetzungen	6	2	

Verwaltungslehrgang I				
10. Recht der sozialen Sicherung				
Nr.	Inhalte	U / h	Lernzielstufe (LZS)	Bemerkungen
1.	Einführung und Rechtsquellen	2	1	Unterricht 50
1.1	Sozialstaatsprinzip, System der sozialen Sicherung			Übungsklausur 2 Besprechung 2
1.2	Träger der sozialen Sicherung			
2.	Grundsätze der Sozialhilfe	4	3	prüfungsäähnl. Klausur 2 Besprechung 2
2.1	Nachrang der Sozialhilfe		3	
2.1.1	Selbsthilfe des Suchenden		3	
2.1.1.1	Verwirklichung von Ansprüchen gegen Andere		3	
2.1.1.2	Einsatz des Einkommens und Vermögens		3	
2.1.2	Hilfe durch Dritte		1	
2.2	Individualitätsprinzip		1	
2.3	Rechtsanspruch auf Sozialhilfe		3	
2.4	Einsetzen der Sozialhilfe		1	
2.5	Gesamtfallgrundsatz		1	
2.6	Formen der Sozialhilfe		1	
2.7	Mitwirkungspflichten			
3.	Hilfe zum Lebensunterhalt	10	2	
3.1	Bedarfs-, Haushalts- und eheähnliche Gemeinschaften		2	
3.2	Gegenstand der Hilfe		2	
3.3	Bedarfsermittlung			
3.3.1	Notwendiger Lebensunterhalt		2	
3.3.2	Laufende Leistungen außerhalb von Anstalten		2	
3.3.2.1	Regelsätze		2	
3.3.2.2	Mehrbedarfszuschläge		2	
3.3.2.3	Kosten der Unterkunft		2	
3.3.2.4	Krankenversicherungsbeiträge		2	
3.3.2.5	Alterssicherung		2	
3.3.2.6	HLU in Sonderfällen		2	
3.3.3	Laufende Leistungen innerhalb von Anstalten		2	
3.3.3.1	Heimkosten		2	
3.3.3.2	Barbetrag		2	
3.3.4	Einmalige Leistungen		2	
3.3.5	Ergänzende Darlehen		2	
3.3.6	Darlehen bei vorübergehender Notlage		2	
4.	Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	6	2	
5.	Sonstige Hilfen nach den Kap. 5-9 SGB XII	10	2	
5.1	Sachliche Voraussetzungen			
5.1.1	- der Krankenhilfe			
5.1.2	- der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen			
5.1.3	- der Hilfe zur Pflege			
5.1.4	- der Hilfe zur Weiterführung des Haushaltes			
5.1.5	- der Bestattungskosten			
				<u>Gesamt 58</u>

Nr.	Inhalte	U / h	Lernzielstufe (LZS)	Bemerkungen
6.	Einkommens- und Vermögensermittlung	4	2	
6.1	Ermittlung und Einsatz des Einkommens			
6.2	Ermittlung und Einsatz des Vermögens			
7.	Zuständigkeiten und Rechtsweg	6	2	
7.1	Träger der Sozialhilfe		2	
7.1.1	Örtliche Träger		2	
7.1.2	Überörtliche Träger		2	
7.2	Zuständigkeit		2	
7.2.1	Sachliche Zuständigkeit		2	
7.2.2	Örtliche Zuständigkeit			
7.2.3	Delegation von Aufgaben, beauftragte Stellen		2	
7.2.4				
7.3	Widerspruchsbehörde, Zuständigkeit der Sozialgerichte		1	
7.4	Kostenträger		1	
8.	Refinanzierungsmöglichkeiten der Sozialhilfe	2	1	
8.1	Aufwendungsersatz und Kostenbeitrag			
8.2	Aufrechnung			
8.3	Rückforderung von zu Unrecht erbrachter Sozialhilfe			
8.4	Kostenersatz			
8.5	Kostenerstattung			
8.6	Überleitung und Übergang von Ansprüchen		2	
9.	Leistungen des SGB II	2		
9.1	Abgrenzung zum SGB XII		2	
9.2	Aufgabe und Ziel der Grundsicherung			
9.3	Anspruchsvoraussetzungen		2	
9.4	Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts			
9.5	Zuständigkeiten		1	